

Leitantrag

Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

Zur Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

## Unsere Verantwortung. Deine Verantwortung.

### Einleitung

In der großen Koalition prallen zwei Ideologien aneinander. Die reaktionäre und neoliberale Vorstellung der Union und der Wunsch nach einer solidarischen und gerechten Gesellschaft durch die SPD. Die Herausforderung liegt darin, zu Entscheidungen zu kommen, die konzeptionellen Charakter haben und nicht nur Stückwerk sind. Die SPD hat sich durch das Mitgliedervotum dazu entschieden, die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Damit stehen wir alle in einer kollektiven Verantwortung. Die Hauptverantwortung tragen die Mandatsträger\_innen und Mitglieder des Parteivorstandes. Denn ihr Handeln beeinflusst die Tagespolitik direkt. Aber auch alle anderen Genoss\_innen tragen Verantwortung: Das sozialdemokratische Wirken vor Ort in der Kommunalpolitik ist ein wichtiges Sprachrohr der Partei nach außen. Nur durch die Ortsvereine ist die Partei stark. In den Ortsvereinen und in den Parteigliederungen sowie in den Arbeitsgemeinschaften muss diskutiert werden. Die Basis ist für die innerparteiliche Meinungs- und Willensbildung verantwortlich. Nur durch Diskussion über inhaltliche Aspekte und Personalien sowie Anträgen kann in der Partei etwas verändert werden.

Wir sind alle in der Verantwortung. Es ist unsere im Kollektiv und die eines/einer jeden Einzelnen im innerparteilichen und im gesellschaftlichen Wirken.

### Verantwortung in der großen Koalition

Wir stehen der großen Koalition auf Bundesebene weiterhin sehr kritisch gegenüber und setzen hohe Maßstäbe an die Umsetzung sozialdemokratischer Themen aus dem Koalitionsvertrag. Die Regierungszeit ist kein Zuckerschlecken – weder für die Funktionär\_innen auf Bundesebene noch für die Parteibasis. Wir werden uns stets im Spannungsfeld zwischen unserer sozialdemokratischen Grundüberzeugung und den Forderungen unserer konservativen Koalitionspartner befinden.

In der großen Koalition kommt es darauf an, sozialdemokratische Akzente zu setzen und auch sozialdemokratische Überzeugungen politisch zu verwirklichen, auch wenn es in der großen Koalition schwierig durchzusetzen ist. Es darf keine Ausreden wie „Das geht mit der Union sowieso nicht!“ geben. Die Umsetzung sozialdemokratischer Themen und Überzeugungen gegenüber CSU und CDU muss versucht werden. Wir dürfen uns hier auf keinen Fall als sozialen Beirat der Union verstehen, das wäre der falsche Weg. Unser Ziel muss ganz klar sein, die Gesellschaft nach sozialdemokratischen Maßstäben zu verändern. Dies gilt für die unterschiedlichsten Bereiche, in denen die Sozialdemokratie die Verantwortung trägt, eine Gesellschaft zu schaffen, an der jeder Mensch teilhaben kann.

### Verantwortung in der Außenpolitik

Mit der Besetzung des Außenministeriums hat die SPD besondere Verantwortung in diesem Ressort übernommen. Wir sind froh, dass dieser Posten durch einen Genossen besetzt wurde, denn in der derzeitigen geopolitischen Situation benötigen wir Personal, das überlegt agiert und eine antimilitaristische Einstellung hat.

In den durch die westlichen Mächte destabilisierten Regionen der Welt konnte bisher noch nicht die Ordnung wieder hergestellt werden. Angebliche Truppenabzüge oder Erklärungen, die Missionen seien beendet, sollen nur darüber hinweg täuschen. Die westlichen Mächte tragen Verantwortung für ihre Interventionen. Die Situation im Irak mit der IS zeigt, dass die Region längst noch nicht stabilisiert ist. Die IS ist zu bekämpfen – aber nicht mit einer Hau-Drauf-Politik. Die Bundesrepublik hat sich damals dank SPD und Grüne aus dem Irak-Krieg heraus gehalten, während die Union sich als Teil der Allianz unter Führung der Vereinigten Staaten gesehen hat. Die Entscheidung der damaligen rot-grünen Regierung sich an einem völkerrechtswidrigen und nicht von der UNO legitimierten Krieg zu beteiligen war vor allem in der Rückschau äußerst vorausschauend angesichts der Nachwirkungen des Eingreifens.

Die Vorkommnisse in der Ukraine haben gezeigt, wie schnell wieder in alten Strukturen gedacht wird. Die NATO und die EU haben versucht, ihren Einflussbereich in Europas Osten auszudehnen. Fragwürdige Gruppierungen in der Ukraine wurden unterstützt. Indem man in die Einflussphäre Russlands weiter vordrang, hat man gegen getroffene Abkommen und Vereinbarungen verstoßen. Im Gegenzug brach Russland durch die Annexion der Krim das Völkerrecht und steht im Verdacht, durch illegale Waffenlieferungen sowie weiteren Aktionen Separatist\_innen im Osten der Ukraine zu unterstützen. Hier wird deutlich, dass die alten Bündnisstrukturen nicht mehr den Anforderungen der aktuellen Sicherheitspolitik gerecht werden.

Daher sollte es das Ziel sein, dass man die UNO als wichtigste internationale Organisation stärkt. Dazu gehört es, dass das Gewaltmonopol alleine bei UNO liegt und nur diese über militärisches Eingreifen entscheiden kann. Auch muss auf eine Demokratisierung der Entscheidungsprozess innerhalb der UNO hingewirkt werden und bestehende Veto-Rechte abgeschafft werden.

Mittelfristig muss die SPD darauf hinwirken, dass die NATO sich alleine auf ihre in den Gründungsverträgen festgeschriebene Funktion als Verteidigungsbündnis begrenzt und nicht darüber hinaus aktiv wird.

Für Europa bedarf es langfristig einer neuen regionalen Sicherheitsstruktur jenseits der NATO. Dafür ist eine alternative Politik notwendig, die den Multilateralismus betont und auf Prävention statt Intervention setzt. Militärisches Eingreifen darf kein legitimes Mittel internationaler Politik sein, Konflikte müssen mit zivilen Mitteln so bearbeitet und entschärft werden, dass überhaupt keine Notwendigkeit militärischen Eingreifens bestehen kann.

In den Prozess der Entwicklung einer neuen Sicherheitsstruktur muss allen voran Russland eingebunden werden. Russland ist ein wichtiger strategischer Partner für die Sicherheit Europas und der Welt. Nur mit einer Einbindung Russlands in die Veränderungen der westlichen Bündnisstrukturen und die zukünftigen regionalen wie globalen Sicherheitsstrukturen kann die Konfrontation zwischen Ost und West vermieden werden.

Berichtet wurde durch die Medien in einer Schwarz-Weiß Berichterstattung. Neutrale und ausgewogene Berichterstattung fand selten statt. Das SPD-geführte Außenministerium hat während dieser Krise zu 100 Prozent auf Diplomatie und nicht auf Kriegsrhetorik gesetzt. Die SPD ist der Garant für Frieden in dieser Regierungskoalition.

Die Verantwortung in der Außenpolitik hängt eng mit der Verantwortung für die eigenen Bürger\_innen zusammen. Eine außenpolitische Entscheidung kann weitreichende Konsequenzen haben. Bei Verhandlungen mit anderen Ländern müssen die Interessen der eigenen Bevölkerung stets gewahrt werden.

Dies gilt insbesondere bei Freihandelsabkommen. Die Möglichkeit, den Außenhandel auszuweiten, darf nicht höher gestellt sein als das Schutzniveau der Verbraucher\_innen im Inland. Daher lehnen wir jedes Freihandelsabkommen ab, das den Schutz der Verbraucher\_innen und Arbeitnehmer\_innen einschränkt. Wir lehnen jeden Investitionsschutz ab, da dieser undemokratisch ist. Auch Firmen und Großkonzerne müssen sich den demokratischen Regeln unterwerfen wie jede natürliche Person auch. Firmen genießen keinen besonderen Status in der Gesetzgebung. Ein Investitionsschutz, der Klagen gegen demokratisch beschlossene Gesetze ermöglicht, höhlt unsere Demokratie aus. Eine Klausel, die vorschreibt, dass neue Gesetze und Regelungen in Absprache mit den ausländischen Firmen geschaffen werden müssen, macht diese Unternehmen zu einem Teil der Legislative. Diese werden dadurch höher als das Volk – von dem aus laut Verfassung alle Gewalt ausgeht – und den ansässigen Unternehmen gestellt. Das ist ungerecht und undemokratisch. Daher lehnen wir solche Klauseln ab.

Gleiches gilt bei Schiedsgerichten. Die Judikative ist ein Teil der verfassungsmäßigen Gewalten, von denen niemand das Recht haben darf, sich zu entziehen. Wir lehnen alle Abkommen ab, die es ermöglichen, Staaten durch Schiedsgerichte zu verklagen.

Auch in der Außenpolitik muss Verantwortung übernommen werden. Die Demokratie darf nicht zu Lasten kapitalistischer Erfolge geopfert werden. Das ist die Verantwortung der SPD in der Außenpolitik.

### Verantwortung in der Sozialpolitik

Das größte Problem unserer Zeit ist die klaffende Schere zwischen Arm und Reich. Trotz des hohen Wohlstands unserer Volkswirtschaft herrschen große Einkommensunterschiede. Der Niedriglohnsektor ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen.

Von den Arbeitnehmer\_innen wird ein hoher Einsatz gefordert, damit die Eigner\_innen der Firmen eine möglichst hohe Rendite erzielen. Es galt einmal: „Man arbeitet, um leben zu können.“ Nun heißt es für viele: „Man lebt, um zu arbeiten.“ Dieser Entwicklung muss entgegengesteuert werden.

Ein erster Erfolg war der Mindestlohn. Doch leider wurde dieser nicht konsequent umgesetzt. Ein Mindestlohn darf keine Ausnahmen haben, sonst ist er kein echter Mindestlohn. Die SPD muss sich in der Bundesregierung dafür einsetzen, dass ein Mindestlohn ohne Ausnahmen geschaffen wird. Für Auszubildende ist eine

Mindestauszubildendenvergütung festzusetzen. Auch Schüler\_innen oder Student\_innen, die sich nebenbei etwas dazu verdienen, müssen vor Ausbeutung geschützt werden.

Ein Mindestlohn schützt nicht nur vor Ausbeutung, sondern er sorgt für ein Mindestmaß an Altersvorsorge. Dennoch reicht ein Mindestlohn-Verdienst nicht aus, um eine angemessene Altersrente zu bekommen. Für die Kanzlerin Merkel und die CSU/CDU wird es wie selbstverständlich hingenommen, dass man private Vorsorge treffen muss, da die gesetzliche Rente für viele nicht reichen wird, um später nicht in Altersarmut zu leben. Wir nehmen das so nicht hin. Aus der Rentenversicherung muss jede\_r genug Leistungen bekommen, um später nicht in Altersarmut leben zu müssen. Nach einem jahrzehntelangen Arbeitsleben hat es jede\_r verdient, die Zeit der Altersrente genießen zu können. Das muss die gesetzliche Rentenversicherung leisten können. Dazu benötigt man den entsprechenden politischen Willen. Dazu kommt, dass sich genau diese Menschen, die es betrifft, eine private Vorsorge gar nicht leisten können. Die SPD muss sich für diese Menschen einsetzen, damit jede\_r Altersrenter\_in aus der gesetzlichen Rentenversicherung menschenwürdig leben kann.

#### Verantwortung beim Schutz der Arbeitnehmer\_innen

Der Schutz der Arbeitnehmer\_innen sollte für die SPD als Partei, die aus der Arbeiter\_innenbewegung entstand, ein oberstes Gebot sein. Gerade angesichts des enormen Niedriglohnsektors, der grassierenden Leiharbeit und Versuch des Lohndumpings besteht akuter Handlungsbedarf.

Mittlerweile arbeiten in Deutschland ca. ein Viertel der Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Damit hat Deutschland im internationalen Vergleich einen der größten Niedriglohnsektoren unter den Industrieländern. Der Niedriglohn reicht dabei oft nicht aus um Dinge des alltäglichen Bedarfs zu finanzieren, so dass etliche Beschäftigte ihr karges Gehalt mit Hartz IV aufstocken müssen. Ein gutes Leben ist kaum möglich und für die Zukunft bedeutet die Beschäftigung im Niedriglohnsektor eine Rente, die nicht ausreichen wird. Daher sollte es das Ziel und die Verpflichtung der SPD sein, den Niedriglohnsektor zu bekämpfen und dafür zu sorgen, dass Niedriglöhne nur die Ausnahme darstellen sollten. Mit dem Mindestlohn wurde ein erster Schritt zur Begrenzung der Niedriglöhne nach unten vollzogen. Doch dies kann nur der Anfang sein.

Wichtig ist vor allem für eine effektive Bekämpfung des Niedriglohns eine effektive Regulierung der Leiharbeit. Dabei hat für die Leiharbeit im ersten Schritt immer der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Arbeitstag gelten. Dieses sollte auch gesetzlich durch die SPD verankert werden. Doch gerade vor dem Hintergrund, dass Leiharbeiter\_innen ein höheres Risiko von Lohnausfällen haben, sollte gerade für die Leiharbeit ein Lohnzuschlag in Form einer Risikoprämie bzw. Prekariatsprämie von 10% des monatlichen Gehalts gelten. Dieser Lohnzuschlag sollte von der SPD langfristig forciert werden.

Aber eine noch so gute Regulierung der Leiharbeit hat dann keinen Nutzen, wenn es auch weiterhin Möglichkeiten zur Umgehung etwa in Form von Werkverträgen gibt. Oft handelt es sich bei den Werkverträgen um Schein-Werkverträge bzw. um eine Scheinselbstständigkeit. Oft verrichten die Arbeitnehmer\_innen mit Werkverträgen die gleiche Arbeit wie die Stammbesellschaft. Dabei verdienen die Werkvertrag-Mitarbeiter\_innen deutlich weniger als ihre Kolleg\_innen aus der Stammbesellschaft. Diese perfide Form des Lohndumpings muss beendet werden und es besteht ein dringender Bedarf der gesetzlichen Regulierung. Hierfür muss der\_die Arbeitgeber\_in in die Pflicht genommen werden. Er\_Sie muss nachweisen, dass die Beschäftigten echte Werkvertrag-Mitarbeiter\_innen sind. Das heißt, ein\_e Mitarbeiter\_in darf nicht genauso wie die Beschäftigten des Stammpersonals in die Arbeitsorganisation eingebunden sein. Kann der\_die Arbeitgeber\_in dies nicht nachweisen, stehen der\_die Mitarbeiter\_in die gleiche Bezahlung und gleiche Behandlung wie der Stammbesellschaft zu. Bei Verstoß des\_der Arbeitgeber\_in gilt der\_die zu Unrecht als Werkvertrag-Mitarbeiter\_in als unbefristet eingestellt.

Der wichtigste Schutz den ein\_e Arbeitnehmer\_in genießt ist vor allem der Kündigungsschutz. Der Kündigungsschutz soll immer wieder geschleift werden und teilweise sogar abgeschafft werden. Hier muss sich die SPD dafür einsetzen, dass bestehende Kündigungsschutzregelungen sich nicht zum Negativen verändern oder gar abgeschafft werden. Vielmehr muss sich die SPD für eine Stärkung des Kündigungsschutzes, insbesondere durch die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, einsetzen.

Ziel der Arbeitsmarktpolitik der SPD muss immer das Erreichen der Vollbeschäftigung sein. Dabei jedoch muss jede\_r von seiner Arbeit auch gut leben können und eine Teilhabe am soziokulturellen Leben ermöglicht werden.

### Verantwortung bei der Stromerzeugung und in der Klimapolitik

Besonders in der Umweltpolitik ist es notwendig, Verantwortung zu übernehmen. Viele Ressourcen auf der Erde sind begrenzt. Daher ist es besonders wichtig, die Energiewende sozialdemokratisch zu forcieren.

Hierfür ist für uns die oberste Prämisse, dass die Energieversorgung endlich wieder als öffentliche Aufgabe gesehen wird. Das gilt für die Infrastruktur bei den Stromleitungen, wie auch für die Produktion. Das bedeutet für uns die Rekommunalisierung der Stadtwerke als Betriebe der Kommunen unter demokratischer Kontrolle. Das bedeutet die Verstaatlichung der großen Energiekonzerne. Wir wollen ein gesellschaftliches Monopol auf den Transport und die Produktion der Energie. Dieses wichtige Feld soll demokratisch kontrolliert, gesteuert und transparent sein.

Die EEG-Reform hat die Möglichkeit in manchen Punkten der Energiewende zu einer größeren gesellschaftlichen Akzeptanz zu verhelfen. Die Reformierung bspw. in der Subventionspolitik der Landwirtschaft beugt einer weiteren Vermaischung der

Landschaft vor. Das Versprechen, Subventionen zurück zu fahren und dadurch regenerative Energien bezahlbar zu machen, erhält viel positiven Rückhalt in der Gesellschaft. Das Ziel der Reform ist eine Vermarktwirtschaftlichung erneuerbarer Energien. Wir wollen die erneuerbaren Energien mit einem schnellen Ausbau und zu bezahlbaren Konditionen, aber wir sagen auch ganz klar: Energieversorgung ist eine öffentliche Aufgabe, der Markt kann diese nicht übernehmen. Die Umstellung ist marktwirtschaftlich u.U. nicht immer logisch, aber ökologisch und sozial richtig. Die momentan begonnenen Diskussionen über Kapazitätsmärkte herkömmlicher Energieträger lehnen wir ebenso ab wie Subventionen für fossile Brennstoffe. Diese müssen im heutigen Zeitalter endlich beendet werden, um Klimaschutz nicht zu verhindern.

Weiterhin ist die Energiewende ausgewogen durchzuführen. Auch innerhalb eines Bundeslandes dürfen nicht manche Regionen stärker und andere schwächer daran beteiligt werden. Die Lebensverhältnisse in Bayern sollen gleichwertig sein.

Ende Dezember 2015 möchte die Weltgemeinschaft in Paris ein neues Weltklimaabkommen verabschieden. Dabei ist es von höchster Wichtigkeit, sowohl ein ambitioniertes und effektives, als auch ein faires und gerechtes Abkommen zu erreichen. Dies bedeutet für Deutschland und die EU, sich zu effektiven Klimaschutzmaßnahmen zu bekennen, finanzielle Zusagen einzuhalten und entsprechende Beiträge anderer Länder einzufordern. Nur auf diese Weise kann internationale Solidarität gelebt und Generationengerechtigkeit hergestellt werden. Die SPD muss hierzu klar Stellung beziehen.

### Verantwortung im Verbraucher\_innenschutz

Durch die Europäische Union wurde der Verbraucher\_innenschutz stetig ausgebaut und europaweit vereinheitlicht. Genau das ist der richtige Weg.

Die SPD hat in der Bundesregierung dafür zu sorgen, dass der Schutz der Verbraucher\_innen den Interessen der Unternehmen vorangestellt wird. Jeder Mensch hat das Recht zu wissen, welche Inhaltsstoffe in den Produkten sind, die er kauft. Jeder Mensch hat das Recht, auf Versprechen vertrauen zu dürfen.

Dennoch darf es mit dem Schutz der Verbraucher\_innen und Auflagen gegen Anbieter\_innen nicht übertrieben werden. Das betrifft aber ausschließlich den privaten und ehrenamtlichen Bereich. Wenn beispielsweise ein Verein auf einem Vereinsfest Kaffee und Kuchen verkauft, ist es nicht nötig, diesen mit strikten Vorschriften zu gängeln.

Eine große Baustelle ist der Bereich der Medien. Durch den Erfolg der so genannten „scripted reality“ verschwimmen Dokumentation und Fiktion. Hier werden vermeintliche Szenen aus dem echtem Leben gespielt. Ein Beispiel sind die Gerichtsshow, Sendungen wie die „Super-Nanny“ oder „Auf Streife.“ Diese werden nach einem Skript abgedreht, dabei wird jedoch der Eindruck erweckt, es handle sich um tatsächliche Begebenheiten aus dem Alltag.

Der/die normale Zuschauer\_in kann nicht unterscheiden, bei welcher Sendung es sich um Fiktion und bei welcher es sich um Dokumentation handelt. Wir fordern daher die Pflicht zur Einblendung von Hinweisen, dass es sich bei der folgenden Sendung um Fiktion handelt und die Handlung erfunden ist.

In den Medien muss klar erkennbar sein, was Bericht und was Unterhaltung ist. Ansonsten entsteht bei den Konsument\_innen ein falscher Eindruck von der wirklichen Welt. Die öffentliche Meinungsbildung kann dadurch in großem Maße unbewusst durch Vorspiegelung falscher Tatsachen oder von Halbwahrheiten beeinflusst werden. Gerade Vorurteile und Klischees sind meistens Gegenstand solcher TV-Formate. Diese gefährden die Demokratie, wenn nicht mehr zwischen Fiktion und Dokumentation unterschieden werden kann.

### Verantwortung in der Asylpolitik

In großen Teilen der Welt außerhalb Europas herrschen momentan Krieg, Vertreibung, Armut und Hunger. Wir in Europa sind oft mit für die Situationen dort verantwortlich. Deutschland hatte über Jahrzehnte im Grundgesetz verankert, dass politisch Verfolgte Asyl genießen, ohne Bedingung, bis in den 90er Jahren durch den sog. „Asylkompromiss“ die SPD sich durch die rassistische Hetze von der Straße und der Union hat dazu bewegen lassen, dies zu streichen. Die vergangenen Asylreformen hatten in den meisten Fällen eine Verschärfung als Folge und die SPD war in den meisten Fällen hieran beteiligt. Auch hier müssen wir Verantwortung zeigen und die Lage der Vertriebenen verbessern. Wir brauchen das Grundrecht auf Asyl, wir wollen mit sofortiger Wirkung die Regelung bzgl. des Sicheren Herkunftslandes abschaffen. Gerade in Bayern haben wir ein Paradebeispiel menschenunwürdiger Flüchtlingspolitik. Diesen Alleingang wollen wir beenden, wir brauchen eine bundesweite Regelung, in welcher es selbstverständlich keine Dinge wie die Residenzpflicht und Arbeitsverbote gibt. Die momentane Regelung nach der Flüchtlinge für ein Jahr nur dann arbeiten dürfen, wenn sich kein Mensch deutscher Staatsbürgerschaft auf denselben Arbeitsplatz bewirbt ist zutiefst rassistisch. Die Lagerpflicht vieler Flüchtlinge, die Kontrolle bei Sozialämtern vor Arztbesuchen sind gezielte rassistische Schikanen und müssen beendet werden. Wir wollen, dass Flüchtlinge das Recht haben sich eine Wohnung zu nehmen und die finanziellen Mittel hierfür bekommen, dies vollkommen unabhängig vom Status des Asylsuchenden.

### Verantwortung gegenüber rassistischer Hetze übernehmen

Jede Woche gibt es in Deutschland momentan rassistische Aufmärsche mit obskuren Abkürzungen. Unser Mittel der Auseinandersetzung mit PEGIDA und Co ist nicht der Dialog, sondern die Konfrontation – anders als unser Parteivorsitzender als Beispiel vorangehen möchte. Sei es auf der Straße durch Proteste und Blockaden, im Netz oder andernorts. Für uns gilt ganz klar: Rassismus, egal wie er getarnt ist, ist keine Meinung sondern ein Verbrechen. Dies gilt in der Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern, sei es rechtspopulistische Äußerungen von Koalitionspartnern oder neu aufkommende rechte Parteien. Dies gilt aber v.a. auch in unserer Partei. Menschen wie Sarrazin haben in der Sozialdemokratie

keinen Platz! Deswegen fordern wir weiter seinen sofortigen Ausschluss. Darüber hinaus müssen wir durch die Bildung und Aufklärung dazu beitragen, rechtsextremes Gedankengut zu verbannen und rechte Vorurteile abzubauen.

### Verantwortung gegenüber der Tradition der SPD

„Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ sind die Grundwerte unserer Partei. Visionäre Menschen haben auf Basis dieser die SPD gegründet. Mutige Menschen haben diese Grundwerte – teilweise mit ihrem Leben – verteidigt. Tatkräftige Menschen haben die Gesellschaft im Sinne dieser Werte verändert.

Leider hat sich die Partei zu weit von diesen Werten entfernt. Die Wahlergebnisse zeigen, dass genau das der falsche Schritt war. Die Arbeitnehmer\_innen wollen eine Partei, die sich für sie einsetzt. Dazu müssen sie unserer Partei aber erst einmal wieder vertrauen.

Daher ist es umso wichtiger, dass sich die SPD wieder auf ihre Grundwerte „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ zurückbesinnt. Hier steht die gesamte Partei in der Verantwortung: von der Parteispitze bis hin zum/zur einzelnen Genoss\_in. Es ist unsere und es ist deine Verantwortung.

### Forderungen:

1. Die SPD muss in der großen Koalition eine kritische Rolle übernehmen und als soziales Korrektiv in einer kapitalistischen und neoliberalen Welt- und Gesellschaftsordnung tätig sein.
2. Die SPD ist das pazifistische Element in der Regierungskoalition. Diplomatische Spielräume müssen bis zum Äußersten ausgenutzt werden.
3. Die SPD muss innerhalb der großen Koalition darauf hinwirken, dass die internationalen und regionalen Sicherheitsstrukturen dahingehend verändert werden, dass das oberste Gebot des Handelns Prävention von Konflikt statt Intervention ist.
4. Die SPD muss die Bürger\_innen und ihre Demokratie vor Freihandelsabkommen schützen, die die Schutzstandards der Arbeitnehmer\_innen und verbraucher\_innen ausbauen und die Demokratie aushöhlen. Abkommen mit Schiedsgerichten, Investitionsschutz und Mitsprache der Unternehmen bei der Gesetzgebung müssen unmissverständlich und kategorisch abgelehnt werden.
5. Die SPD muss sich in der großen Koalition für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen einsetzen. Darüber hinaus muss die SPD eine Mindestausbildungsvergütung.
6. Die SPD muss dafür sorgen, dass jede\_r Rentner\_in im Alter menschenwürdig leben kann. Es darf keine Altersarmut geben. Daher muss die gesetzliche Rentenversicherung entsprechend konzipiert werden. Es darf keine Notwendigkeit zur privaten Vorsorge geben.
7. Die SPD muss in der Sozialversicherung dafür sorgen, dass die starken Schultern wirklich die Schwachen tragen. Daher ist eine Bürger\_innen-Versicherung in die politische Diskussion einzubringen und deren Umsetzung in dieser oder einer anderen Koalitionskonstellation zu prüfen.

8. Die Energiewende muss für alle Menschen bezahlbar sein. Darüber hinaus muss die Energiewende einen klaren Beitrag zum internationalen Klimaschutz leisten und somit Klima- und Generationengerechtigkeit herstellen.
9. Die SPD muss darauf hinwirken, dass im Dezember 2015 in Paris ein effektives globales Klimaschutzabkommen verabschiedet wird, das neben Klimaschutz auch Klimaresilienz umfasst und das einen fairen Beitrag der EU und von Deutschland enthält, sowohl hinsichtlich nationalem Klimaschutz als auch finanzieller Unterstützung für vom Klimawandel betroffene Staaten.
10. Bei der Umsetzung von Energieerzeugungsprojekten dürfen große Energiekonzerne nicht gegenüber kommunalen Erzeugern oder Genossenschaften bevorzugt werden.
11. Die Energiewende ist ausgewogen durchzuführen. Auch innerhalb eines Bundeslandes dürfen nicht manche Regionen stärker und andere schwächer daran beteiligt werden. Die Lebensverhältnisse in Bayern sollen gleichwertig sein.
12. Die SPD hat in der Bundesregierung dafür zu sorgen, dass der Schutz der Verbraucher\_innen den Interessen der Unternehmen vorangestellt wird. Jeder Mensch hat das Recht zu wissen, welche Inhaltsstoffe in den Produkten sind, die er kauft. Jeder Mensch hat das Recht, auf Versprechen vertrauen zu dürfen.
13. Die SPD muss in der großen Koalition darauf hinwirken, dass im Medienwesen genau zwischen Realität und Fiktion unterschieden werden kann, um die öffentliche Meinungsbildung und damit die Demokratie zu schützen.
14. Die SPD muss sich wieder als Vertreterin der Arbeitnehmer\_innen und Angestellten verstehen. Sie ist eine linke Volkspartei und keine pragmatisch und angebotsorientiert handelnde politische Vereinigung.